



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-28650

E-Mail: petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 24.05.2013

Niederschrift (öffentlicher Teil)

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 23.04.2013, 14:10 Uhr bis 16:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Dr. Nils Helge Schlieben CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Bröhl	CDU (in Vertretung für Herrn Kienitz)
Frau Judith Gövert	DGB (in Vertretung für Herrn van Dawen)
Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU (bis 15:30 Uhr)
Frau Kirsten Jahn	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Gabriele Schlitt	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Sylvia Laufenberg	FDP (bis 16:00 Uhr)
Frau Dr. Carolin Butterwegge	Fraktion Die Linke.
Frau Renate Blum-Maurice	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Malik Karaman	SPD (in Vertretung für Herrn Dr. Heinen)
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen (bis 15:35 Uhr)
Frau Christine Kupferer	Sportjugend Köln (bis 16:10 Uhr)
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer (in Vertretung für Herrn Krücker / Caritas)
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann Pro Köln (bis 15:20 Uhr; in Vertretung für Frau Salis)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Zeynep Alraqeb SPD
Frau Ingrid Hack SPD
Herr Biber Happe FDP (bis 16:00 Uhr)
Herr Oswald Pannes Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost Pro Köln (bis 16:00 Uhr)
Herr Paul Spörl FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina entsandt vom Integrationsrat
Frau Amalie Klein entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln (bis 15:30 Uhr)
Frau Dagmar Ziege entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (bis 16:25 Uhr; in Vertretung für Herrn Haas)

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Ruth Differdange Kath. Familienbildungswerk e.V.
Frau Karin Grevelhörster Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Frauke Mahr Mädchenhaus Köln e.V. (bis 16:25 Uhr)
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH

Frau Carola Siman	Ev. Kirchenverband
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V. (in Vertretung für Herrn Hildebrand)
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V. (bis 16:10 Uhr)
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.(MCD /HKS)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernentin
Frau Carolin Krause	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde (bis 16:10 Uhr; in Vertretung für Herrn Pfarrer Völker)
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Frau Dr. Sabine van Eyck	Gesundheitsverwaltung (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Anja Daub	Bundesagentur für Arbeit (in Vertretung für Herrn Meier)
Herr Christopher Meier	Bundesagentur für Arbeit

Frau Marianna Seyda

Synagogen-Gemeinde Köln

Da Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen verhindert ist, übernimmt Ausschussmitglied Herr Dr. Schlieben die **Leitung** der Sitzung.

Er eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die angekündigte Gruppe der Ausbildungsstätte Kalk vom Verband der Islamischen Kulturzentren e.V., die übrigen Besucher und die Presse.

Mit dem vorgegebenen Text **verpflichtet** er

- Frau Judith Gövert (DGB Region Köln/Bonn)

Zur Beschlussvorlage 0509/2013 (**TOP 6.1**) teilt Herr Dr. Schlieben mit, dass diese um den Vorbehalt der Entscheidung von Integrationsrat und BV 9 zu ergänzen sei, da die Sitzung verschoben bzw. der TOP zurückgestellt wurde und von dort nun erst nach dem JHA über die Vorlage beschlossen werde.

Die **Vorberatungsergebnisse** der miteinbezogenen Gremien liegen zu TOP 6.1, 6.5 und 8.2 als Tischvorlage aus.

Weiterhin wurde die Vorlage zu TOP 2.3 als **Tischvorlage** ausgelegt.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Schlieben, noch folgende Punkte in die **Tagesordnung** aufzunehmen: 2.1 bis 2.3, 3.4 bis 3.8, zu 5.1.2 und 10.2.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Anfrage des Ausschussvorsitzenden zum Interview im Kölner Stadtanzeiger vom 26.01.2013
1351/2013
- 2.2 Kölner Mitgliedschaftsmodell im Offenen Ganzttag an Grundschulen
1216/2013
- 2.3 Entwicklung der Fallzahlen in Bezug auf Schulbegleitung §35a SGB VIII
1383/2013

3 Mitteilungen

- 3.1 Bestellung eines neuen, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
1032/2013
- 3.2 Berichtswesen Dezernat IV - Teilbericht Jugendhilfeausschuss 2012
0648/2013
- 3.3 Steigende Geburten-, Kinder und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus
1158/2013
- 3.4 Kölner Bündnis für Familien - Forum Familie 2013 am 17. Mai 2013 im Historischen Rathaus Köln - Piazzetta
1250/2013
- 3.5 Bearbeitung von Beschwerden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) und Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst (GSD) Auswertung der Beschwerden in 2012
1290/2013

3.6 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm
1084/2013

3.7 Fünfter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
1277/2013

3.8 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln
1137/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012
AN/0265/2013

5.1.2 Fragen zum korrigierten Statusbericht zum U3 Ausbau
AN/0347/2013

zu 5.1.2 AN/0347/2013 Anfrage der Fraktion Die Linke zum korrigierten Statusbericht
Ausbau U3
1231/2013

5.2 Neue Anfragen

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT)
0509/2013

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Rabauken und Trompeten e.V.
1012/2013

- 6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"flexihaus - Verein zur Betreuung von Kindern e.V."
1028/2013
- 6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
Multikita e.V.
1018/2013
- 6.5 Schulsozialarbeit an Grundschulen - Gewährung von Zuschüssen in 2013
0159/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
1114/2013
- 8.2 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Herr Frank Schneider, Herr Niklas Kienitz und Frau Dr. Carolin Butterwegge benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Anfrage des Ausschussvorsitzenden zum Interview im Kölner Stadtanzeiger vom 26.01.2013 1351/2013

Die Beantwortung resultiert aus einer Frage der SPD-Fraktion im Rahmen des TOP 9.1 in der Sitzung 29.01.2013.

Frau Jahn begrüßt die Möglichkeit, mittels Einrichtung von Betriebskindergärten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dies stelle eine Win-Win-Situation für beide Seiten dar. Sie fragt, inwieweit die Unternehmen an der Finanzierung beteiligt seien.

Frau Dr. Klein erklärt, dass für an Betriebe angegliederte Kindertagesstätten die gleichen finanziellen Regelungen gelten, wie für alle übrigen Träger auch. Es gebe lediglich eine Differenzierung des Eigenanteils nach Rechtsform:

4 % für Elterninitiativen,
12 % für kirchliche Träger,
9 % für alle anderen, freien Träger.

2.2 Kölner Mitgliedschaftsmodell im Offenen Ganztag an Grundschulen 1216/2013

Die Beantwortung resultiert aus einer Frage der SPD-Fraktion im Rahmen des TOP 9 in der Sitzung 12.03.2013. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

2.3 Entwicklung der Fallzahlen in Bezug auf Schulbegleitung §35a SGB VIII 1383/2013

Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie resultiert aus einer Frage der CDU-Fraktion im Rahmen des TOP 3.13 in der Sitzung 11.09.2012.

Frau Schlitt erkundigt sich, ob bereits aktuellere Zahlen bekannt seien, da sie die Vermutung habe, dass diese noch weiter gestiegen seien.

Dass in Zeiten knapper Kassen besonders auf den Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe geachtet werde, sei verständlich, so **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Vor Allem da sich einige Einsparvorschläge zur Haushaltskonsolidierung speziell auf diesen Bereich beziehen, sei ein verstärktes Interesse vorhanden. Sie schlägt vor, trotzdem die Auswertungen nach der Sommerpause abzuwarten. Da es erfahrungsgemäß im Mai / Juni einen Sprung gebe, sei ein aussagekräftiger Trend erst im Herbst erkennbar.

Frau Schlitt sieht den Grund in den steigenden Fallzahlen eindeutig in der von Politik und Verwaltung gewünschten und geförderten Inklusion. Problematisch seien dabei unpassende Ansätze im Schulsystem, deren Änderung auf bundesgesetzlicher Ebene bereits angeregt worden sei. Sie fragt, ob diesbezüglich etwas Neues bekannt sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt, dass Initiativen und Gespräche auf Bundes- und Landesebene stattfinden, einen neuen Sachstand gebe es jedoch noch nicht. Mit der Einführung der Inklusion sei seinerzeit eine erhebliche Kostensteigerung einhergegangen. Obwohl nun die Gefahr bestehe, dass weitere Mehrbelastungen auf die Kommunen zukommen, sei die Weiterentwicklung der Inklusion gewollt, so dass prioritär dort Hilfen wie Schulbegleitung angeboten werden, wo sie dringend notwendig seien.

3 Mitteilungen

3.1 Bestellung eines neuen, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 1032/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Berichtswesen Dezernat IV - Teilbericht Jugendhilfeausschuss 2012 0648/2013

Frau Laufenberg bedankt sich für die Übersicht. Zur Toilette am Skaterpark (Seite 5 der Anlage 1) bittet sie angesichts des bevorstehenden Sommerwetters, nochmals mit dem Grundstückseigentümer Kontakt aufzunehmen, da die Öffnungszeitenverlängerung

rung bereits seit nahezu 2 Jahren diskutiert werde. Außerdem möchte sie wissen, ob die über den Antrag „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ erreichten Streetworkerstellen (Seite 5 der Anlage 1) mittlerweile besetzt seien.

Zudem bittet sie die Verwaltung, darauf zu achten, dass alle Parteien gleichberechtigt bei der Auflistung gestellter Anträge berücksichtigt werden.

Frau Krause nimmt die Anregung zum Skaterpark gerne entgegen und sagt zu, das Verfahren nochmals anschieben zu wollen. Schwierigkeiten hatten sich unter anderem ergeben, da geklärt werden musste, wie die durch die längere Bewachung entstehenden Mehrkosten finanziert werden können.

Zur Besetzung der Streetworkerstellen seien derzeit Bewerbungsverfahren laufend.

Herr Pannes hakt nach, wie schnell die Stellen – insbesondere im Rechtsrheinischen – besetzt werden können. Daneben fragt er nach dem Sachstand eines einheitlichen EDV-Systems bei der Kita-Platz-Vergabe (letzte Seite der Anlage 1).

Frau Krause bestätigt, dass die Stellen im Rahmen der üblichen Bewerbungsverfahren schnellstmöglich besetzt werden. Alle Stellen seien inzwischen ausgeschrieben worden.

Die Entscheidung über die Software zur Kita-Platz-Vergabe sei schwierig gewesen, weil viele verschiedene Stellen miteingebunden werden mussten. Mittlerweile sei eine Wahl getroffen worden. Dieses System müsse nun noch auf die Gegebenheiten und Erfordernisse in Köln zurechtgeschnitten werden.

Auf die Frage **Frau Jahns**, ob nach dem aufgrund der Haushaltssperre in 2012 abgesagten Hearing zur Jugendpartizipation denn im laufenden Jahr eines stattfinden könne (Seite 5 der Anlage 1), kündigt **Frau Krause** ein für Herbst 2013 angesetztes Hearing an.

Frau Mucuk möchte an dieser Stelle auf die von ihrer Fraktion initiierte Online-Petition hinweisen, mit der das Ziel einer Fortsetzung der Schulsozialarbeit über 2013 hinaus verfolgt werde: <https://www.openpetition.de/petition/online/erhalt-der-schulsozialarbeit>.

Anmerkung der Verwaltung: Das Berichtswesen erhält eine Auflistung aller positiv beschlossenen Anträge und sonstiger Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses, des Hauptausschusses und des Rates, die laut vorangegangenen Bericht noch nicht erledigt bzw. vollständig umgesetzt wurden, unabhängig davon, welche Fraktion die Anträge gestellt hat. Die Anträge werden seit dem Jahr 2012 von der Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses erfasst. Im Zuge der Bearbeitungsübernahme wurden die Bezeichnungen angepasst, so dass diese im Vergleich zu den noch offenen Anträgen von 1993 bis 2011 leicht abweichen.

3.3 Steigende Geburten-, Kinder und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus 1158/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge erkundigt sich, ab wann festgestellte Mehrbedarfe im Bildungsbereich sich in der Jugendhilfeplanung niederschlagen und finanziell berücksichtigt werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein kündigt eine kleinteiligere Prognose an, die das Amt für Stadtentwicklung und Statistik derzeit vorbereite. Die vorliegende Statistik enthalte neben Prognosen auch bereits vorhandene Zahlen.

Nachdem der Rat im Februar 2009 eine U-3-Versorgungsquote von 40 % beschlossen hatte, sei der Effekt mittlerweile auch in den Statistiken erkennbar.

Erfreulich sei außerdem die demographische Entwicklung (steigende Geburtenrate), an die die Betreuungsthematik gekoppelt sei. Zum Zeitpunkt des Beschlusses bedeuteten 40 % eine Anzahl von 10.200 Plätzen, nun sei von 11.900 Plätzen auszugehen. Insgesamt müssen dieses Jahr 1.121 U- und Ü-3-Kinder mehr versorgt werden, als 2012.

Herr Pannes spricht die gewaltigen Geldsummen an, die aufgrund der angestrebten Versorgungsquote und der steigenden Geburtenrate auf die Kommunen zukommen. Im Rahmen dessen seien Prioritäten im Haushaltsplanentwurf falsch gesetzt worden, ebenso müssen aber auch auf Bundes- und Landesebene die richtigen Weichen gestellt werden.

Die Stadtverwaltung habe deutliche Prioritäten in die richtige Richtung gesetzt, soweit es im Rahmen der Haushaltskonsolidierung machbar sei, so **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Neben Ausbau von U-3- und Ü-3-Betreuungsplätzen erfolge auch eine Prioritätensetzung im Schulbereich. Man müsse weiterhin so ressourcenorientiert handeln, wie es bis dato geschehen sei.

3.4 Kölner Bündnis für Familien - Forum Familie 2013 am 17. Mai 2013 im Historischen Rathaus Köln - Piazzetta 1250/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.5 Bearbeitung von Beschwerden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) und Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst (GSD) Auswertung der Beschwerden in 2012 1290/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg lobt die gute Auswertung und die vergleichsweise niedrige Zahl der Beschwerden. Es sei auch die vermehrte Einbindung von Vätern erkennbar, deren Rechte weiter gestärkt worden seien.

Sie spricht auf die dargestellten 7 Fälle nicht bestätigter Kindeswohlgefährdung an, in denen die Zeitspanne bis zum Einsatz der Hilfe als zu lang empfunden wurde, und möchte wissen, ob diese Zeiträume von den Familien konkretisiert worden seien.

Herr Röttgen teilt für die Abteilung der Bezirksjugendämter mit, dass der Gefährdungsmeldungssofortdienst (GSD) nachweislich sofort tätig werde, sobald eine Kindeswohlgefährdung gemeldet werde. Dabei werde die Familie noch am gleichen Tag aufgesucht. Die Fälle, in denen sich eine Gefährdung des Kindeswohls nicht bestätige, werden in den Leistungsbereich eingestuft und an den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) übergeben. Von dort werden Gespräche mit Eltern und Fachkräften koordiniert, was in der Regel innerhalb von zwei Wochen geschehe. Über die Hilfe werde anschließend im Rahmen einer kollegialen Beratung in den Sozialraumteams entschieden.

3.6 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm 1084/2013

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk bittet darum, die für die Veranstaltung im Rautenstrauch-Joest-Museum angekündigte Kurzfassung der Studie zum Kölner Rucksack-Programm zur nächsten JHA-Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

3.7 Fünfter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 1277/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass die Tagespflege nicht so angenommen werde, wie erhofft. Er fragt nach der Einschätzung der Verwaltung, ob die große Anzahl von noch freien Tagespflegeplätzen bis August 2013 besetzt werden könne, und was geschehe, wenn dies nicht gelinge.

In diesem Zusammenhang erinnert er an seine in der Sitzung 29.01.2013 gestellte Anfrage zu TOP 3.9. Unter Anderem habe er wissen wollen, wann die Umstellung von ursprünglich angestrebten 80 % Kitaplätzen zu 20 % Tagespflegeplätzen auf das Verhältnis 70% zu 30 % nochmals überdacht werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist nochmals auf die allgemeine Entwicklung hin: im Vergleich zur Ausgangssituation 2006/2007 habe man es geschafft, die U-3-Plätze zu *verfünnfachen*. Damit habe die Stadt Köln die größte Ausbaudynamik in ganz NRW.

In Bezug auf die Betreuungsquote liege Köln auf Platz 2 im Landesvergleich. Lediglich die Stadt Münster weise eine höhere Quote auf, wobei diese jedoch schon mit einer wesentlich höheren Platzzahl gestartet sei. Sogar im führenden Münster werde gefragt, warum bis dato nicht noch mehr Plätze geschaffen worden seien.

Man müsse sich auch vor Augen führen, dass die Quote in diesem Jahr noch mehr Plätze fordere. So seien derzeit 744 unter 3-Jährige und 377 zwischen 3- und 6-Jährige Kinder mehr in Köln gemeldet als im Vorjahr, so dass der Anteil von 40 % nun entsprechend höher liege. Angesichts der aktuellen Kinderzahlen müssen 8.463 Kita- und 3.470 Tagespflegeplätze realisiert werden, um 40 % zu erreichen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ist allen Trägern und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung dankbar, dass bisher so engagiert und effektiv am Ausbau gearbeitet wurde. Nur deshalb sei es möglich gewesen, innerhalb kurzer Zeit 41 neue Kindertagesstätten auf ihren Weg zu bringen.

Entgegen einer kürzlich verbreiteten Falschmeldung werde Köln die Quote nicht mittels Ausschöpfung des eingeräumten Korridors erreichen. Vielmehr werde es die geforderten 40 % (rund 11.900) im Rahmen einer „normalen bis mittleren“ Gruppenstärke geben, und *zusätzlich* dazu die Plätze, die durch Ausnutzung des Betreuungskorridors in einigen Kitas zur Verfügung stehen.

Sie gehe davon aus, dass auch nach dem Stichtag 01.08.2013 der Ausbauschub nicht enden werde. Ein gutes Angebot – wie es in Köln geboten werde – erzeuge ein Mehr an Nachfrage.

Die 700 unbesetzten Tagespflegeplätze seien willkommen, da diese den Eltern zur Erfüllung ihres Rechtsanspruches vorgeschlagen werden können. Die Diskussion, ob das Verhältnis 80:20 angemessen sei, müsse in der Tat zukünftig erfolgen. Man dürfe jedoch nicht unbedacht die Laufrichtung ändern, sondern müsse die Entwicklung beobachten, auswerten und angemessen reagieren.

Zur Koordinierung sei bereits 2009 ein „Projektmanagement U 3“ eingerichtet worden, das themenübergreifend in den Bereichen Bau, Finanzen, Personal und Grundsatz arbeite.

Laut Frau Beigeordneter Dr. Klein gebe es unter Anderem die Überlegung, die Konzeption der Tagespflege an die der Kitas anzunähern, um sie für Eltern attraktiver zu gestalten, damit sie als Alternative zur Betreuung in einer Kindertagesstätte besser angenommen werde.

Herr Uckermann erkundigt sich nach den Mehrkosten für Eltern, die keinen Betreuungsplatz in einer Kita erhalten und aufgrund Berufstätigkeit auf eine Tagespflege ausweichen müssen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass ein Tagespflegeplatz circa 5 bis 6 Euro pro Stunde koste, wovon 3,50 Euro sowie Kranken- und Rentenversicherung durch die Jugendverwaltung refinanziert werden. Den Rest müssen die Eltern tragen.

Frau Jahn erkennt die Zahlen im Vergleich zu anderen Städten lobend an. Die Stadt Köln habe damit eine große Herausforderung angenommen und gut gemeistert. Sie überlege jedoch, ob die Gefahr einer Übersorgung an Ü-3-Plätzen zu befürchten sei, wenn diese ebenso stark ausgebaut werden.

Außerdem möchte Sie wissen, ob Eltern auf den Wartelisten für städtische Kindertagesstätten blieben, auch wenn sie zunächst – als Übergangslösung – einen Tagespflegeplatz annehmen.

Frau Jahns letzte Frage bejaht **Frau Brähler-Haucke** (Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuung für Kinder).

Herr Pfeuffer erklärt im Namen der Stabstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, dass die Frage nach einer Übersorgung zwar berechtigt sei, derzeit aber keine Gefahr bestehe. Lange Zeit war geplant, das Einschulungsalter zu senken, womit viele Ü-3-Plätze überschüssig geworden wären. Nachdem die Regierung von diesem Vorhaben Abstand genommen habe, sei die Vielzahl an Betreuungsplätzen für 3- bis 6-Jährige aber flächendeckend besetzt.

Für die Zukunft müsse man flexibel denken, beispielsweise sei hier das LEnA-Modell aus Mönchengladbach sehr interessant („Lernen und Erziehen nutzt Allen“, zum Weiterlesen: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/moenchengladbach/nachrichten/u-3-betreuung-stadt-setzt-auf-lena-modell-1.2210763>).

Frau Dr. Butterwegge erkundigt sich danach, wer die Installierung von Großtagespflegen beschlossen habe, wie viele es davon gebe, wie das Konzept aussehe und welche Qualifikation vorausgesetzt werde. Sie sehe die Gefahr von „Billigverwahranstalten“, während die Tendenz anderenorts in Richtung noch höherer Qualifikation (Studienabschluss für Erzieher) gehe.

In Köln gebe es mittlerweile weit über 20 Großtagespflegen, erläutert **Frau Krause**. Diese werden in unterschiedlichen Modellen geführt, wie etwa an einen Betrieb ange-dockt, von einem freien Träger geführt, oder auf Basis eines Zusammenschlusses mehrerer selbständiger Tagesmütter und -väter. In qualitativer Hinsicht bestehen dieselben Voraussetzungen wie für eine reguläre Tagespflege. Viele Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger sowie Erzieherinnen und Erzieher nutzen trotzdem das bestehende Fortbildungsangebot, um sich auf die Arbeitsanforderungen in einer Großtagespflege vorbereiten zu können.

Frau Laufenberg spricht die städtische Kita Oberländer Wall an, die laut einem Schreiben betroffener Eltern nun angekündigt habe, die erweiterten Öffnungszeiten von 19 Uhr wieder auf 17 Uhr zu reduzieren. Sie erkundigt sich im Namen der Eltern, wie es dazu gekommen sei und warum auf eine Anhörung des Elternrates bzw. eine vorherige Bedarfsabfrage für das Kindergartenjahr 2013/2014 verzichtet worden sei.

Frau Brähler-Haucke sagt eine Klärung dieser Angelegenheit zu. Grundsätzlich gebe es in jedem Stadtbezirk regelmäßige Elternbefragungen, welche Öffnungszeiten benötigt werden.

Manchmal werden entsprechende Angebote von einer Einrichtung in eine andere verlagert, was jedoch stets innerhalb des selben Stadtbezirkes passiere.

Anmerkung der Verwaltung: Der zuständigen Abteilung wurde das Schreiben an die FDP-Fraktion inzwischen zugeleitet, um eine schnelle Klärung zu ermöglichen.

Frau Dr. Butterwegge ist unklar, wie sich die dargestellten Zahlen berechnen:

- a) Im Wege einer Nachberechnung erhalte sie 32,8 % anstelle der beschriebenen 34 % (Punkt 3.1).
- b) Die Quote gelte in ihren Augen nicht als „annähernd erreicht“, wenn tatsächlich noch $10.200 - 9.760 = 440$ Plätze fehlen (Punkt 2).
- c) Laut Vorlagentext seien 703 Plätze unbelegt, während eine Berechnung auf Basis von Anlage 1 eine Zahl von $2.512 - 1.659 = 853$ ergebe.

Herr Pfeuffer schließt in diesem Fall einen Fehler aus, wenn auch die Berechnungen oft sehr komplex und schwer zu verstehen seien.

Zu a) Herr Pfeuffer bittet um Nachsicht, dass die Bezugsgröße innerhalb eines Kindergartenjahres nicht geändert werde. Der Wert von 34 % ergebe sich auf Basis der Kinderzahlen zum 31.12.2011. Die 40 % für das Kindergartenjahr 2013/2014 beziehen sich auf die seit etwa einem Monat vorliegenden Zahlen zum 31.12.2012.

Zu b) Die Lücke von 440 Plätzen bestehe in der Tat, sei jedoch angesichts der Größenordnungen als verhältnismäßig klein anzusehen.

Zu c) Die Tagespflegen werden – wie in der Vorlage dargestellt – teilweise von Ü-3-Kindern belegt, während die Statistik in Anlage 1 ausschließlich Bezug auf U-3-Kinder nehme. Es ergeben sich also unterschiedliche Differenzen, je nachdem, ob man auf die belegten Plätze mit U-3-Kindern oder mit U-3- und Ü-3-Kindern abhebe.

Herr Pfeuffer macht darauf aufmerksam, dass es in der öffentlichen Diskussion einen verbreiteten Betrachtungsfehler gebe: die vorgegebene Betreuungsquote basiere auf der geforderten Platzzahl in Bezug auf *alle* unter 3-Jährige. Da der Rechtsanspruch in NRW nur für Kinder ab 1 Jahr bestehe, könne man die Platzzahlen in Relation zu den 2- bis 3-Jährigen setzen und komme auf diese Weise sogar auf eine Betreuungsquote von über 60 %.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in **Frau Jahns** Augen ein wichtiger Aspekt in der Betreuungsdebatte, nicht weniger wichtig sei allerdings die Förderung von sozial benachteiligten Kindern - gerade in den derzeit nicht so gut versorgten Stadtteilen wie Kalk oder Chorweiler. Sie fragt, wie eine weitergehende Spaltung der Gesellschaft verhindert werden solle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein versichert, dass gezielt Anreize geschaffen werden, um die Nachfrage in diesen Stadtteilen zu steigern. So habe sich beispielsweise das Projekt „Lebenswerte Veedel“ als ein guter Mechanismus herausgestellt. Die Betroffenen sollen nicht überredet, sondern *überzeugt* werden, dass es sinnvoll ist, Kinder in Kindergärten zu geben.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen.

3.8 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013

Bei dieser Vorlage handelt es sich um eine Beantwortung einer schriftlichen Anfrage an den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, welche dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Hack betont die Notwendigkeit, Flüchtlingskinder in das hiesige Bildungssystem einzuführen – gerade weil es keine Kindergartenpflicht gebe. Dies sei ebenfalls ein wichtiges Thema auf Landes- und Bundesebene und es werde bereits viel getan. Sie bittet um einen Statusbericht zur Schulbildung von Kindern aus zugewanderten Familien.

Frau Dr. Butterwegge beschäftigt zum Einen die Frage, ab wann Zuwandererkinder der deutschen Schulpflicht unterliegen, und zum Anderen die Frage nach der Gesundheits- und Wohnraumversorgung – insbesondere von finanziell benachteiligten – Zuwanderern. Sie entnehme der Mitteilung, dass es bereits jetzt Probleme mit der Wohnraumversorgung gebe, die sich mit den steigenden Zuwandererzahlen verschärfen. Es interessiert sie, welche Lösungen hierfür angedacht sind (beispielsweise Hotelunterbringungen oder Sammelunterkünfte).

Außerdem möchte sie wissen, wie man der Tatsache begegne, dass die Beratungsstellen im Bereich der Gesundheitsversorgung am Rande ihrer Kapazitäten angekommen seien und deren Weiterfinanzierung teilweise nicht gesichert sei.

Frau Hacks Bitte und die Fragen nach der Gesundheits- und Wohnungssituation werden an das Amt für Soziales und Senioren weitergeben, erklärt **Frau Beigeordnete Dr. Klein**.

Die Schulpflicht bestehe für jedes Zuwandererkind. Da viele Kinder jedoch erst mit höherem Alter nach Deutschland kommen, gebe es an vielen Stellen massive Einstiegsprobleme. Die Schulen kommen hier qualitativ und quantitativ an ihre Grenzen, so dass begleitende Strukturen, wie etwa Amaro Kehr, ebenso unterstützt werden müssen.

Frau Dr. Blüggel von der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) bestätigt, dass alles dafür getan werde, um das Recht eines jeden Kindes auf einen Schulplatz erfüllen zu können.

Die Schulen seien jedoch voll besetzt, so dass mit jedem weiteren Kind die Situation verschärft werde. So seien im Schuljahr 2011/2012 rund 700 schulpflichtige Kinder aus dem Ausland hergekommen, und im laufenden Schuljahr allein im 1. Halbjahr schon 500. Oftmals haben diese Kinder vorher nie eine Schule besucht, was das deutsche Schulsystem wiederum vor eine besondere Herausforderung stelle.

Bisher sei es trotzdem gelungen, allen Kindern zeitnah eine Beratung, eine gesundheitliche Untersuchung im Gesundheitsamt und einen Schulplatz anzubieten.

Bezüglich der Ausführungen „zu Frage 4, Nr. 4“ (Interkulturalität in der ärztlichen Regelversorgung) erkundigt sich **Frau van Dawen**, inwieweit Ärztinnen und Ärzte über die europäische Versicherungskarte aufgeklärt werden, um im Sinne einer Willkommengesellschaft arbeiten zu können.

Die Verwaltung sagt zu, auch diese Frage an das Sozialdezernat zu geben.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Verwendung der nicht verausgabten Mittel für das Bildungspaket 2012 AN/0265/2013

Da bisher keine Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.03.2013 vorliegt, wird die Anfrage in die nächste Sitzung am 11.06.2013 verschoben.

Herr Pannes möchte nichtsdestotrotz die Gelegenheit wahrnehmen, für die Idee zu werben, die nicht verwendeten Bildungs- und Teilhabepaket-Mittel für die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu nutzen. Hintergrund ist eine Information aus dem Ministerium, wonach die nicht in Anspruch genommenen BUT-Mittel ausschließlich zweckentsprechend verwendet werden dürfen und der Übertrag der überschüssigen Mittel vermutlich abgelehnt werden wird.

Er bittet um Mitteilung, ob es grundsätzlich Fortschritte im Kampf um die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit gebe.

Frau Beigeordneter Dr. Klein sind keine Anhaltspunkte bekannt, wonach die Bundesregierung ihre Meinungsrichtung geändert habe, trotz diverser Länderinitiativen, Petitionen und einer Resolution des Stadtrates.

5.1.2 Fragen zum korrigierten Statusbericht zum U3 Ausbau AN/0347/2013

zu 5.1.2 AN/0347/2013 Anfrage der Fraktion Die Linke zum korrigierten Statusbericht Ausbau U3 1231/2013

Die Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 06.03.2013 und deren Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge sieht die erste Frage noch nicht klar beantwortet. Sie wolle wissen, wie viele Kinder im Moment auf der Warteliste für das *laufende* - nicht das

kommende - Kindergartenjahr stehen. In diesem Zusammenhang interessiert sie, ob eine weitere Bedarfsabfrage im U-3-Betreuungsbereich geplant sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass die Priorität derzeit in der *Schaffung* von Betreuungsplätzen liege. Es müssen daher alle Ressourcen gebündelt werden, so dass eine Bedarfsabfrage aktuell nicht angezeigt sei.

Frau Krause geht auf die Eingangsfrage ein und erklärt, dass es viele einzelne Wartelisten sowohl bei der Stadt Köln, als auch bei freien Trägern gebe. Zudem ließen Eltern ihre Kinder erfahrungsgemäß parallel auf mehrere Wartelisten setzen, um ihre Chancen zu erhöhen. Aus diesem Grund sei keine realistische Zahl ermittelbar. Besser messbar und tatsächlich aussagekräftig sei hingegen die Anzahl *versorgter* Kinder.

5.2 Neue Anfragen

Neue Anfragen wurden im Vorfeld der Sitzung nicht eingereicht.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT) 0509/2013

Herr Dr. Schlieben weist nochmals auf den Nachtrag eines Zustimmungsvorbehaltes hin, da der Integrationsrat seine Sitzung verschoben hatte und daher erst nach dem Jugendhilfeausschuss über die Vorlage entscheiden werde. Es kommt die Diskussion auf, ob dem Integrationsrat im Rahmen seiner Vorberatung ein Vetorecht zustehe und inwieweit sich dies von einem Anhörungsrecht einer Bezirksvertretung unterscheide.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt, dass die Vorlage erneut dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen sei, wenn der Integrationsrat seine Zustimmung verweigere. In der Regel werden alle Anhörungen und Vorberatungen *vor* der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses angesetzt, doch ziehe man den Beschluss häufig vor, um Zeit einzusparen: in vielen Fällen dränge die Zeit, weil Träger dringend auf die Genehmigung zur Eröffnung zu einem geplanten Termin warteten. Man werde nun verwaltungsintern prüfen, wie der Vorbehalt unmissverständlich und rechtlich einwandfrei formuliert werden könne.

Herr Pannes spricht – ausgelöst durch Probleme in der neuen Kita eines kürzlich anerkannten Trägers - die Notwendigkeit von Kontrollen an und erkundigt sich nach der Zuständigkeit hierfür.

Die Rolle der „allzuständigen“ Stadtverwaltung lehnt **Frau Beigeordnete Dr. Klein** ausdrücklich ab. Alle Unterlagen zur Anerkennung und das Konzept werden in fachlicher und rechtlicher Hinsicht stets eingehend durch die zuständige Abteilung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie überprüft. Die Aufsicht über die Praxis habe da-

nach ausschließlich das beim Landschaftsverband Rheinland angegliederte Landesjugendamt. Der LVR komme dieser Aufgabe nach und stehe in engen Kontakt mit dem Jugendamt der Stadt Köln: werden dem Jugendamt Missstände bekannt, werden diese unmittelbar an das Landesjugendamt weitergeleitet.

In dem ausschlaggebenden Einzelfall habe es sich so verhalten, dass die Beschwerdeführer die Meldung an die Behörden sehr lange aufgeschoben haben, der Fall damit leider sehr spät bekannt wurde.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt vorbehaltlich der Zustimmung von Integrationsrat und Bezirksvertretung Mülheim, den Verein „Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V.“ (ZEBIT), Ackerstr. 146, 51065 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 1 anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (1), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Bröhl (CDU-Fraktion) und Frau Kleine (SKF Köln) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Rabauken und Trompeten e.V. 1012/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Rabauken und Trompeten e.V.“, voraussichtliche Anschrift der Einrichtung: Steinbergerstr. 14, 50733 Köln, gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "flexihaus - Verein zur Betreuung von Kindern e.V."
1028/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „flexihaus – Verein zur Betreuung von Kindern e.V.“, Sitz: Paulstr. 2, 50999 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: Multikita e.V.
1018/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Multikita e.V.“, Vereinssitz: Kempener Str. 73, 50733 Köln, gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.5 Schulsozialarbeit an Grundschulen - Gewährung von Zuschüssen in 2013 0159/2013

Frau Laufenberg bittet um Erläuterung des Begriffes „Regiemittel“.

Die Schulverwaltung wird gebeten, schriftlich zusammenzufassen, welche Positionen genau unter diesen Oberbegriff fallen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - sowie der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließen, für die kommunale Schulsozialarbeit an Grundschulen in 2013 Zuschüsse in Höhe von 4.451.537,76 Euro zu gewähren.

Die Verteilung dieser Mittel erfolgt an die jeweiligen Träger auf der Grundlage der von ihnen beantragten Mittel, wie in Anlage 1 dargestellt.

Für das Haushaltsjahr 2013 stehen im Teilplan 0604 unter Teilplanzeile 15 entsprechende Mittel zur Verfügung.

Anmerkung: Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkungen:

Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Volland-Dörmann (AWO Köln) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 1114/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Monika Knepper als stellvertretendes, beratendes Mitglied

Frau Marita Bosbach

für den „DRK Kreisverband Köln e.V.“ in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.2 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152 0736/2013

Frau Jahn geht davon aus, dass es sich bei der Kita Escher Str. um eine vorübergehend ausgelagerte Einrichtung handelt, die nun wieder in die alten Räumlichkeiten zurückkehren soll. Nun fragt sie, ob Landesmittel zur Refinanzierung beantragt wurden, und warum der kommunale Eigenanteil von 16 % laut KiBiZ-Web-Rechner überschritten wurde. Auch **Frau Dr. Butterwegge** bittet um Erklärung, warum in diesem Fall die Landesförderung entfallen könne.

Frau Brähler-Haucke stellt die Hintergründe wie folgt dar: es handelt sich um eine alte Bestandseinrichtung, deren Räumlichkeiten teilweise eingestürzt waren. Daraufhin seien die Gruppen auf die Räume in der Escher Str. ausgewichen, während die Kita am Einsturzort neu gebaut wurde. Nun könne der Neubau wieder bezogen werden.

Man habe sich nun entschieden, den Betrieb in der Escher Str. weiter zu nutzen und mindestens 5 Jahre aufrecht zu erhalten, um hierfür Landesmittel zu bekommen. Diese wurden bereits beantragt. Das Ergebnis bliebe abzuwarten, da ein Rechtsanspruch aufgrund der besonderen Konstellation nicht eindeutig bestehe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, ggf. auch ohne Landesmittel, die Kindertageseinrichtung Escher Straße 152 – nach Auszug der derzeitigen Auslagerung – als eigenständige Einrichtung in städtischer Trägerschaft weiter zu führen.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 Euro zur Beschaffung der Erstausrüstungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3), Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung: Frau Kleine (SKF Köln) war weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

9 Anfragen

9.1

Frau Jahn kommt auf den Fall einer Dellbrücker Elterninitiative zu sprechen. Deren Antrag, eine bereits vorhandene Kurzzeitbetreuung auf Langzeitbetreuung umzustellen, sei bei der Verwaltung auf Gegenwehr gestoßen. Sie bittet nun um Klärung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sichert eine Klärung zu. Der angesprochene Einzelfall sei ihr nicht bekannt. Grundsätzlich fördere die Stadtverwaltung solche Konzepte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, wenn Schule und Träger einverstanden seien. Auch kreative Lösungen seien willkommen, wenn sie finanzierbar seien, eine entsprechende Qualität aufweisen und in die Schullandschaft passen.

Anmerkung der Verwaltung: Die Email der Dellbrücker Eltern wurde am 26.04.2013 dem zuständigen Amt für Schulentwicklung zugeleitet, um eine schnelle Klärung zu ermöglichen.

9.2

Herr Scheiblich fragt nach der Kita Georgesstraße. Weil die von der Stadt Köln an den SKM Köln vermietete Kita derart baufällig sei, komme eine Sanierung nicht in Frage. Aus diesem Grund habe der LVR lediglich eine bis Kindergartenjahresende befristete Betriebserlaubnis erteilt.

Wegen der vorherrschenden Haushaltslage habe der SKM einen Investor gesucht und gefunden, der bereit sei, neu zu bauen und die neuen Räumlichkeiten wieder an den

SKM zu vermieten. Um die weiteren, notwendigen Schritte einzuleiten, müsse jedoch geklärt werden, ob das im Eigentum der Stadt befindliche Gelände an den Investor verpachtet oder verkauft werde.

Herr Tappert bestätigt im Namen der Abteilung Kita-Bau, dass es seit Oktober 2012 einige Startschwierigkeiten gegeben habe. Aufgrund des großen Einsatzes von Jugendamt und SKM sei das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster bereit gewesen, die vorher erforderliche Eigentums- und Grundwertermittlung in Rekordzeit zu erledigen – im Regelfall dauere dies 6 bis 9 Monate. Ein entsprechendes Anschreiben an den SKM sei inzwischen unterwegs. Die Betriebserlaubnis werde so verlängert, dass die alte Kita genutzt werden könne, bis das neue Gebäude bezogen werde.

9.3

Frau Mucuk erfragt, ob es eine Handhabe dagegen gebe, dass private Elterninitiativen immer höhere Zusatzbeiträge und Vorkasse fordern.

Frau Dr. Butterwegge spricht anlässlich der Negativschlagzeilen in der vergangenen Woche (<http://www.ksta.de/koeln/kaum-kontrollen-schlechte-kita-betreuung.15187530,22388334.html>) darauf an, dass fast alle der 10 % privat getragenen Kitas öffentliche Förderung erhalten, einige jedoch nicht die entsprechende Qualität liefern. Hinsichtlich der von Frau Mucuk aufgeworfenen Frage interessiert sie, wie verbreitet diese Zusatzbeiträge seien.

Die Freiheit der Träger sei Fakt, so **Frau Beigeordnete Dr. Klein**. Verstoßen sie gegen keine Gesetze, sei es den Trägern überlassen, für welche Leistungen sie wie viel Zusatzbeitrag fordern. Die Eltern wiederum müssen dann entscheiden, ob sie bereit seien, für das angebotene Profil und eventuell zusätzliche Leistungen die geforderten Beiträge zu übernehmen.

Durch die Berichtserstattung sei ein teilweise falsches Bild erzeugt worden, wogegen sich sowohl die Stadtverwaltung, als auch die darin angesprochene Einrichtung „Reh-kids“ im Mediapark gewehrt habe. Hauptgrund für hohe Zusatzbeiträge bei *dieser* Einrichtung sei beispielsweise schlichtweg die hohe Miete in diesem gefragten Stadtgebiet. Es gebe wiederum andere Beispiele, die eindeutig Grenzen überschreiten: so habe eine andere Kita eine Prämie dafür verlangt, dass einer Mutter überhaupt ein Platz dort angeboten werde. Solchen Vorgehensweisen müsse selbstverständlich Einhalt geboten werden, in diesem speziellen Fall sei die Stadtverwaltung bereits tätig geworden.

Frau Volland-Dörmann möchte vermeiden, dass ein falscher Eindruck entsteht. Dass es schwarze Schafe gebe, könne man nie verhindern. Grundsätzlich jedoch seien die freien und privaten Träger bemüht, ein gutes Angebot vorzuhalten. Man müsse Bedenken, dass für jede Einrichtung ein 4%iger, 9%iger bzw. 12%iger Eigenanteil zu investieren sei. Diese Mittel seien je nach Größenordnung schwer aufzubringen und müssten auf irgendeinem Weg erwirtschaftet werden. Die Lage der Betreiber sei komplex, so dass eine einfach gehaltene Berichterstattung leicht missverstanden werden könne.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)